

jemand nicht durchsetzen kann, heißt das doch nicht, dass eine Koalition nicht regierungsfähig wäre.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Söffing, dass Sie das so sehen, ist - in aller Bescheidenheit - ein Beispiel dafür, dass Sie so lange regierungsentwöhnt sind, dass Sie nicht mehr wissen, wie Koalitionen funktionieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Robert Orth [FDP]: Wenn sie überhaupt einmal funktionieren würden!)

Ansonsten würden sie aus der Tatsache, dass sich an der Stelle einmal der kleine Koalitionspartner durchsetzt und uns blockieren kann, nicht gleich auf eine Regierungsunfähigkeit schließen. Ich kann mich dunkel daran erinnern, dass man in anderen Koalitionen gemeinhin auch Regeln dafür hat, wie man miteinander umgeht.

Das ist auch an dieser Stelle so. Deshalb sollte man nicht mehr daraus machen, als es ist. Man kann es so oder anders machen. Ich gehe davon aus, dass wir in der nächsten Legislaturperiode nicht nur einen neuen Anlauf nehmen werden, sondern auch zu Lösungen kommen. Ob dann dabei das herauskommt, was sich Frau Herrmann wünscht, oder das, was Sie sich wünschen, weiß ich heute noch nicht. Darüber will ich auch nicht spekulieren.

Jedenfalls ist jetzt klar: Wir werden mit der jetzigen Situation noch bis nächstes Jahr weiter fahren und sehen, was machbar ist. Das ist es dann auch. Sie müssen akzeptieren, dass Sie für Ihre Lösung keine Mehrheit haben. Auch ich muss das akzeptieren. Ein Schaden für die Demokratie ist damit nicht verbunden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister. Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir sind am Schluss der Beratung.

Ich komme zur Abstimmung. Der Rechtsausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/5397**, den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 13/5182 abzulehnen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** worden.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

10 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4868

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 13/5403

zweite Lesung

Die Fraktionen haben sich inzwischen darauf verständigt, hierzu keine Debatte mehr zu führen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/5403**, den Gesetzentwurf Drucksache 13/4868 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet worden.

Ich rufe auf:

11 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den "Westdeutschen Rundfunk Köln" (WDR-Gesetz) - 11. Rundfunkänderungsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5395

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Kuschke das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Wolfram Kuschke, Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des WDR-Gesetzes setzt im Wesentlichen den 7. Rundfunkänderungsstaatsvertrag um, dem das Parlament bereits Ende letzten Jahres zugestimmt hat.

Ein ganz wesentliches Element dieses Staatsvertrages ist es, dass ARD, ZDF und das Deutschlandradio ihren Programmauftrag selbst näher

präzisieren sollen. Diesen Gedanken hat die Landesregierung bei der vorliegenden Novellierung aufgenommen und den Auftrag des WDR in dieser Novellierung präziser gefasst, als dies im Staatsvertrag für den bundesweiten Rundfunk möglich war.

Danach soll der WDR selbst die Entscheidung treffen, wo er seine Schwerpunkte setzt. Anhaltspunkte dafür bietet der neue § 4a.

Außerdem soll der WDR die Präzisierung des Programmauftrags deutlicher als bisher öffentlich machen. Auch die Stellung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk soll weiter verbessert werden. So wird künftig eine unabhängige Prüfungs- und Beschwerdestelle beim WDR eingerichtet,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sehr gute Idee!)

die über die Beschwerden entscheidet. - Der Beifall deutet darauf hin, dass das ein besonderes Anliegen bedeutsamer Medienpolitiker in diesem Lande war und ist.

Auf diese Weise soll die Objektivität des bisherigen Verfahrens erhöht werden. Das neue Verfahren soll mit dazu beitragen, dass die Programmbeschwerden der Bürgerinnen und Bürger vom Westdeutschen Rundfunk noch mehr als bisher als konstruktive Kritik aufgefasst und gegebenenfalls im Programm berücksichtigt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Übergang von der analogen auf die digitale Versorgung bei der Übertragung von Sendungen. Wie Sie wissen, wird am 24. Mai dieses Jahres DVBT in Köln/Bonn gestartet. Ende des Jahres werden der Raum Düsseldorf und das Ruhrgebiet dazu kommen. Eine entsprechende Bestimmung ermöglicht es, die analoge terrestrische Versorgung zugunsten der digitalen Rundfunkverbreitung schrittweise einzustellen.

Dies führt nicht nur zu mehr Programmen über die Antenne in den digital versorgten Gebieten, sondern auch zu Kosteneinsparungen.

Schließlich, meine Damen und Herren - das passt etwas zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt -, haben wir diese Novellierung auch dazu genutzt, um das WDR-Gesetz etwas zu entrümpeln, und die Bestimmungen gestrichen, die wir für überflüssig halten. Das war etwa ein Zehntel. Man kann also auch in diesem Bereich vorankommen.

Ich will mich, meine Damen und Herren, Herr Präsident, auf diese Punkte beschränken. Eine ausführliche Diskussion wird im Medienausschuss

stattfinden. Ich hoffe auf interessante und konstruktive Beratungen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. Eine Debatte ist nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/5395 an den Medienausschuss**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Überweisungsempfehlung **angenommen**.

Wir kommen zu

12 Gesetz zu dem Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland (Lotteriestaatsvertrag - LoStV) und dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5365

erste Lesung

Auch hier ist heute keine Debatte vorgesehen, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/5365 an den Hauptausschuss - federführend - sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

13 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben im Rechnungsjahr 2002

Antrag
gemäß Art. 85 Abs. 2 LV
Vorlage 13/2740

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/5404